

DAV-Depesche

DeutscherAnwaltVerein

Nr. 1/12

5. Januar 2012

1. Relaunch des Anwaltsblatts – erstmals eine Anwaltsblatt-Datenbank im Internet

Das Anwaltsblatt tritt ab Januar mit einer neuen Heftkonzeption und einer neuen Website auf. Mit dem Relaunch reagiert die Redaktion auf die Veränderungen des Internets. Zugleich hat der Deutsche Anwaltverein (DAV) vier neue Herausgeber berufen. Das neue Anwaltsblatt wurde gründlich überarbeitet: Der wissenschaftliche Aufsatzteil ist ausgebaut, die Rechtsprechung lesbarer und der Verbandsteil „Aus der Arbeit des DAV“ aufgewertet worden. Neu ist in der Mitte des Heftes das Magazin. Parallel zum Erscheinen des Heftes Anfang Januar ist die neue Website unter www.anwaltsblatt.de freigeschaltet worden. Erstmals gibt es eine von juris, dem juristischen Informationssystem für die Bundesrepublik Deutschland, zur Verfügung gestellte Anwaltsblatt-Datenbank. Alle redaktionellen Beiträge seit 1996 sind zu recherchieren. Neue Herausgeber wurden Rechtsanwältin und Notarin Edith Kindermann (DAV-Vizepräsidentin), Rechtsanwalt und Notar Herbert P. Schons (DAV-Vizepräsident), Rechtsanwalt Prof. Dr. Heinz Josef Willemsen (DAV-Vorstandsmitglied) und Rechtsanwalt und Notar Ulrich Schellenberg (ehemaliger DAV-Vizepräsident). Zum neuen Anwaltsblatt gibt es auch eine Pressemitteilung, die [hier](#) abrufbar ist. Und im Heft selbst ist zu lesen: Der Aufsatzteil widmet sich dem Schwerpunktthema „Zukunft der Konfliktbeilegung“, und im Magazin gibt es einen Report über Anwaltswerbung, die neue Rubrik „Anwälte fragen nach Ethik“ und einen Gastkommentar von Prof. Dr. jur. Heribert Prantl (Süddeutsche Zeitung) zur Bekämpfung des Rechtsextremismus.

2. DAV: Keine Wiedereinführung der verdachtsunabhängigen Vorratsdatenspeicherung

Die verdachtsunabhängige Speicherung aller Telefon-, E-Mail- und Internetverkehrsdaten hat zu einem der schwerwiegendsten und umstrittensten Eingriffe in die Freiheitsrechte der Bürgerinnen und Bürger geführt. Wegen der Tiefe des Grundrechtseingriffs und des Fehlens von Belegen für einen statistisch signifikanten Einfluss der Maßnahme auf die Begehung und Verfolgung von Straftaten muss die [Richtlinie2006/24/EG](#) zugunsten gezielter, anlassbezogener und verhältnismäßiger Verfahren im Lichte der national und international gewährten Grund- und Freiheitsrechte grundlegend überarbeitet werden. Auch der derzeit diskutierte [BMJ-Entwurf](#) für eine Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung in Deutschland wird den Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts jedenfalls nicht gerecht. Zu diesem Schluss kommt die heute veröffentlichte DAV-Stellungnahme Nr. [1/2012](#). Die Bundesregierung bleibt aufgefordert, sich im Zuge der in 2012 angekündigten Revision der Richtlinie für den Schutz der Bürger- und Freiheitsrechte einzusetzen.

3. DAV-Master: Betreuer aus der Anwaltschaft für Masterarbeiten gesucht.

Der vom Deutschen Anwaltverein in Kooperation mit der Fernuniversität Hagen angebotene LL.M.-Studiengang wird immer beliebter. Die Teilnehmerzahlen steigen. Der DAV sucht deshalb weitere Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte, die Interesse an der ehrenamtlichen Betreuung der Studierenden in der Phase der Masterarbeit haben. Sie sollten möglichst Erfahrungen in der Referendarausbildung gesammelt haben und über eine Promotion verfügen. Als Ansprechpartnerin für erste Informationen steht Ihnen die Referentin Nicole Pluszyk aus dem Dezernat für Aus- und Fortbildung der DAV-Geschäftsführung zur Verfügung (pluszyk@anwaltverein.de).

v.i.S.d.P.: Rechtsanwalt Swen Walentowski, Pressesprecher des DAV, Berlin
Für eine Abmeldung aus dem Verteiler schreiben Sie eine e-mail an dav@anwaltverein.de
DEUTSCHER ANWALTVEREIN – <http://www.anwaltverein.de/leistungen/dav-depesche>
Littenstraße 11, 10179 Berlin, Tel.: 030 726152-0, Fax: 030 726152-1 90, dav@anwaltverein.de
Depesche Nr. 01/12 - Alle Angaben ohne Gewähr und Anspruch auf Vollständigkeit. © 2012 DAV